

87.332

**Motion Renschler**  
**Höchstleistungszeit bei Nachtarbeit**  
**Travail de nuit. Durée maximale**

*Wortlaut der Motion vom 11. März 1987*

Der Bundesrat macht von seiner Kompetenz gemäss Artikel 26 Absatz 2 Arbeitsgesetz Gebrauch und begrenzt auf dem Verordnungsweg die Höchstleistungszeit für die dauernd oder in Schichtarbeit regelmässig nachts arbeitenden Arbeitnehmer auf 38 Stunden pro Woche.

*Texte de la motion du 11 mars 1987*

Le Conseil fédéral, faisant usage de la compétence qui lui est accordée à l'article 26, 2e alinéa, de la loi sur le travail, limite par voie d'ordonnance à 38 heures la durée maximale du travail hebdomadaire des travailleurs employés régulièrement la nuit, soit en permanence, soit par équipes.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Borel, Bratschi, Braunschweig, Clivaz, Deneys, Eggli-Winterthur, Fankhauser, Fehr, Friedli, Gloor, Hubacher, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann, Robbiani, Rubi, Ruffy, Stamm Walter, Stapf, Uchtenhagen (30)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Der Anteil der regelmässig nachts arbeitenden Arbeitnehmer an der erwerbstätigen Bevölkerung ist im Steigen begriffen. Nicht nur im industriellen, sondern auch im tertiären Sektor nimmt die Bedeutung der Nachtarbeit zu, sei es in der Form von Dreischicht- und Durchlaufbetrieben oder Dauernachtarbeit. Diese Entwicklung ist für die seelische und körperliche Gesundheit der Betroffenen sowie für die soziale Integration der Erwerbstätigen und deren Familien eine immer grössere Bedrohung. Es gilt, diesem negativen Trend Einhalt zu gebieten.

In Uebereinstimmung mit dem Bericht der Eidgenössischen Arbeitskommission (Ausschuss «Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Schicht- und Nachtarbeit», November 1985), in dem Vertreter der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Wissenschaft für regelmässig nachtarbeitende Schichtarbeiter Wochenarbeitszeiten von 33,06 bis 37,33 Stunden forderten, soll der Schutz der Gesundheit der betroffenen Arbeitnehmer/innen im Rahmen des gesetzlichen Arbeitnehmerschutzes verbessert werden.

Erfüllt der Bundesrat das Anliegen der Motion, so macht er erstmals seit über 20 Jahren von seiner Kompetenz Gebrauch, für bestimmte Gruppen von Betrieben und Arbeitnehmern die Arbeitszeit aus Gründen des Gesundheitsschutzes zu verkürzen (Art. 26 Abs. 2 des Arbeitsgesetzes) und beschränkt sich nicht weiterhin auf den Erlass von Ausnahmebestimmungen zugunsten gewisser Unternehmen (Art. 27 und Verordnung 2 des Arbeitsgesetzes).

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 1. Juni 1987*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 1er juin 1987*

Die Verkürzung der wöchentlichen Höchstleistungszeit kann mithelfen, negative Auswirkungen der Nachtarbeit auf die Arbeitnehmer zu verhindern. Eine gestützt auf Artikel 26 Absatz 2 des Arbeitsgesetzes (ArG) vorzunehmende undifferenzierte Herabsetzung der Arbeitszeit auf 38 Stunden bei Nachtarbeit, wie sie in der Motion verlangt wird, erweist sich aber aus verschiedenen Gründen als problematisch.

1. Aus der Vorschrift von Artikel 26 ArG kann in den Sonderbestimmungen nach Artikel 27 ArG nicht abgewichen werden. Das hätte zur Folge, dass die 38-Stunden-Woche bei

Nachtarbeit auch in den 15 Betriebsarten mit wöchentlicher Arbeitszeit von über 50 Stunden (z. B. Spitäler, Heime und Internate, Bewachungsbetriebe, Ueberwachungspersonal) eingeführt werden müsste und dass keine neuen Sonderbestimmungen mit Nachtarbeit von über 38 Stunden erlassen werden könnten.

2. Aehnlich betroffen würden die Betriebsarten, die gemäss Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b ArG 50 Stunden (insbesondere Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe) pro Woche arbeiten dürfen.

3. Etwas weniger würden durch die angebehrte Arbeitszeitverkürzung diejenigen Betriebsarten betroffen, in denen gemäss Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a ArG 45 Stunden pro Woche gearbeitet werden darf (insbesondere Industrie). Hier beträgt die effektive wöchentliche Arbeitszeit der Nachtschichten vielfach schon heute weniger als 45 Stunden, wobei die 38-Stunden-Woche immerhin die grosse Ausnahme darstellt.

Ein weiterer Grund, weshalb es nicht angezeigt scheint, im jetzigen Zeitpunkt eine Verkürzung der Arbeitszeit der in der Nacht beschäftigten Arbeitnehmer vorzunehmen, liegt darin, dass sich die Arbeits- und Ruhezeitvorschriften des Arbeitsgesetzes gegenwärtig in Revision befinden und eine Anpassung der Arbeitszeit an die heutigen Verhältnisse auf diesem Wege zu erwarten ist. Bezüglich Nachtarbeit dürften eher Zeitzuschläge in Betracht gezogen werden als eine absolute und gegenüber der Norm tiefere wöchentliche Höchstleistungszeit. Den Revisionsarbeiten sollte nicht vorgegriffen werden, doch kann der vom Motionär gemachte Vorschlag durchaus im Sinne einer Empfehlung entgegengenommen werden.

Schliesslich sei darauf hingewiesen, dass es bei der Vorschrift von Artikel 26 ArG um einen an den Bundesrat delegierten Rechtsetzungsbereich geht. Die rechtliche Zulässigkeit einer Motion in einem solchen Bereich ist nach konstanter Praxis zu verneinen.

Was die Begründung der Motion anbetrifft, so sei darauf hingewiesen, dass in dem dort erwähnten Bericht der Eidgenössischen Arbeitskommission nicht Forderungen gestellt oder Lösungen vorgeschrieben werden, sondern lediglich Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufgezeigt werden, wie sie insbesondere auf dem Wege über Gesamtarbeitsverträge und in der Betriebspraxis verwirklicht werden können.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

*Ueberviesen als Postulat – Transmis comme postulat*

87.335

**Motion der Liberalen Fraktion**  
**Arbeitsgesetz. Revision**  
**Motion du groupe libéral.**  
**Loi sur le travail. Révision**

*Wortlaut der Motion vom 11. März 1987*

Die technologische Entwicklung zeitigt ihre Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitnehmer; die Wünsche der Bevölkerung in bezug auf die Arbeitszeiteinteilung verändern sich. Die Sozialpartner bemühen sich, Lösungen zu finden, die sowohl die Bedürfnisse der Unternehmen wie auch die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigen.

In Anbetracht dieser Entwicklung erscheint das Arbeitsgesetz in gewissen Belangen veraltet. Der Bundesrat wird ersucht, sobald als möglich einen Entwurf für die Revision

des Arbeitsgesetzes vorzulegen, der es den Unternehmen und den Arbeitnehmern oder ihren Vertretern erlaubt, Vereinbarungen über die Arbeitszeiteinteilung auszuhandeln und anzuwenden, die den technologiebedingten Veränderungen Rechnung tragen und den Bedürfnissen der Unternehmen sowie den Interessen der Arbeitnehmer entsprechen.

*Texte de la motion du 11 mars 1987*

L'évolution des technologies a des conséquences sur les entreprises et les travailleurs. Les désirs de la population se modifient quant à l'aménagement du temps de travail. Les partenaires sociaux s'efforcent de trouver des solutions qui tiennent compte à la fois des besoins des entreprises et des intérêts des travailleurs.

Au regard de cette évolution, la loi sur le travail paraît à certains égards dépassée. Le Conseil fédéral est invité à présenter dans les meilleurs délais un projet de révision de la loi sur le travail afin de permettre aux entreprises et aux travailleurs ou à leurs représentants d'appliquer des accords négociés entre eux sur l'aménagement du temps de travail, accords adaptés aux mutations en relation avec les nouvelles technologies et conformes aux besoins des entreprises et aux intérêts des travailleurs.

*Sprecher – Porte-parole: Bonnard*

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Les auteurs renoncent à développer leur intervention mais demandent une réponse écrite.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 1. Juni 1987*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral du 1er juin 1987*

Le Conseil fédéral est prêt à accepter la motion.

*Ueberwiesen – Transmis*

86.815

**Motion Maeder-Appenzell  
Ferngüterverkehr auf die Schiene  
Transport de marchandises  
à longues distances par rail**

*Wortlaut der Motion vom 19. Dezember 1986*

Der Bundesrat wird ersucht, eine Vorlage einzubringen, wonach

1. Gütertransporte, die in der Schweiz auf der Strasse eine Distanz von 100 km und mehr zurücklegen, auf der Schiene durchzuführen sind;
2. die Berggebiete und die wirtschaftlich bedrohten Regionen durch Ausgleichszahlungen bzw. entsprechende abzugeltende Tarifiereduktionen bei den Bahnen gegen die negativen Auswirkungen einer Bestimmung nach Punkt 1 geschützt werden.

*Texte de la motion du 19 décembre 1986*

Le Conseil fédéral est chargé de présenter un projet prévoyant que

1. les transports de marchandises par route sur 100 km et plus à travers la Suisse soient désormais effectués par rail;
2. des compensations soient versées aux régions de montagne et à celles dont l'économie est menacée, ou que des réductions appropriées des tarifs des chemins de fer, à indemniser par ailleurs, leur soient consenties, afin de parer aux effets fâcheux que pourrait entraîner pour elles l'application de la mesure prévue sous le premier point.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Grendelmeier, Günter, Jaeger, Weber Monika, Weder-Basel (5)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Die vorgeschlagene Massnahme und ihre Begründung finden sich im «Bericht Luftreinhalte-Konzept» vom 10. September 1986. Angesichts des besorgniserregenden Zustandes unserer Wälder drängt sich eine solche Massnahme, die der Bundesrat aus politischen Gründen nicht realisieren will, auf. Aus regionalpolitischen Gründen müssen die Nachteile bestimmter Gebiete abgegolten bzw. durch Tarifiereduktionen verhindert werden.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 8. April 1987*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 8 avril 1987*

Der Bundesrat behandelt in seinem Bericht «Luftreinhalte-Konzept» vom 10. September 1986 an das Parlament auch das vom Motionär aufgeworfene Anliegen der Verlagerung des Ferngüterverkehrs auf die Schiene. Dass die Massnahmen negative Auswirkungen für Berg- und wirtschaftlich bedrohte Regionen haben kann, wird im bundesrätlichen Bericht ebenfalls erwähnt.

Die Weiterverfolgung des Anliegens wird im Rahmen der Ausführungsgesetzgebung zu den Verfassungsartikeln für eine koordinierte Verkehrspolitik zu prüfen sein. Nach Ansicht des Bundesrates verdienen Massnahmen zur Verminderung der Emissionen der Dieselfahrzeuge und verursachungsabhängige Abgaben allerdings den Vorrang. In diesem Sinne ist der Bundesrat bereit, den Vorstoss als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Im übrigen hat Ihr Rat bereits am 16. März 1987 einen Vorstoss der Kommission des Nationalrates vom 19. Februar 1987 in gleicher Sache als Postulat überwiesen (Ad 86.047; Postulat V).

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

*Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat*

87.326

**Motion Günter  
SBB. Hygienischere Toilettenanlagen  
Voitures CFF. Hygiène des toilettes**

*Wortlaut der Motion vom 9. März 1987*

Der Bundesrat wird ersucht, bei den SBB die nötigen Massnahmen zu veranlassen, damit möglichst rasch vom überholten bisherigen System auf ein umweltkonformes, gegen aussen geschlossenes System gewechselt wird – auch bei schon im Betrieb befindlichen Wagen.

*Texte de la motion du 9 mars 1987*

Le Conseil fédéral est prié de faire les démarches nécessaires auprès des CFF afin que le système sanitaire suranné des toilettes dans les trains soit remplacé le plus vite possible par un système écologique d'installation fermée même dans les voitures qui sont déjà en service.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Dünki, Fierz, Grendelmeier, Jaeger, Maeder-Appenzell, Müller-Aargau, Müller-Bachs, Weber Monika, Weder-Basel, Zwygart (10)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Das heutige System ist offensichtlich nicht mehr zeitgemäss. Es führt zu einer Verseuchung der Umgebung der Bahngelände mit Fäkalien und Darmkeimen, die alles andere als erwünscht ist. Nicht zuletzt deshalb werden die stark

## **Motion der Liberalen Fraktion Arbeitsgesetz. Revision**

## **Motion du groupe libéral. Loi sur le travail. Révision**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.335
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.06.1987 - 08:00
Date	
Data	
Seite	991-992
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 504